

DIENSTAG, 19. NOVEMBER 2013

**Marktleben** Über 100 Marktstände sorgten in Diessenhofen zwei Tage lang für ein buntes Stadtbild. **Stein/Diessenhofen Seite 25**

**Neuer Kadi für die Feuerwehr** Die Schlussübung im Stammertal war geprägt vom Abgang von Franz Friker. **Weinland Seite 27**

## Gestern im Rat

**Vorsitz** Richard Bühler (SP, Thayngen)

► Der Kantonsrat hat den **Finanzplan 2014–2017** zur Kenntnis genommen.

► Das Parlament hat den **Staatsvoranschlag 2014** beraten. Es hat eine **Steuererhöhung** abgelehnt; der Steuerfuss bleibt bei 112 Punkten.

## Amtsältester Kantonsrat geht

In der SP/Juso-Fraktion im Kantonsrat kommt es zu einem Wechsel. Gestern hat der Neuhauser Peter Gloor seinen Rücktritt aus dem Kantonsrat per 31. Dezember 2013 bekannt gegeben. Gloor hat Jahrgang 1946 und ist seit 1989 ununterbrochen Mitglied des Kantonsrats. Damit ist er das amtsälteste Mitglied des Parlaments und leitete in dieser Funktion auch die erste Sitzung des neu gewählten Parlaments Anfang 2013. Damals sagte er zu seinem Amt als Alterspräsident: «Falls das ein Verdienst sein sollte, ist es ein unverdientes. Man muss einfach lange genug leben und Rücktrittsgelüste unterdrücken.»

Ein einziger anderer Kantonsrat, Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen), wurde zwar auch im Jahre 1989 zum ersten Mal in den Rat gewählt, er war aber nicht ununterbrochen Mitglied. Gloors Nachfolger wird Renzo Louidice (\*1979), der Präsident der SP Neuhausen. (zge)

## Staatsvoranschlag 2014 Kanton Schaffhausen

in Millionen Franken **Budget 2014** **Budget 2013**

### Laufende Rechnung

Aufwand	673,5	664,1
Ertrag	635,7	640,5
Defizit	37,8	23,6

### Investitionsrechnung

Ausgaben	48,4	46,3
Einnahmen	20,0	15,2
Nettoinvestitionen	28,4	31,1

### Finanzierung

Defizit der laufenden Rechnung	37,8	23,6
Nettoinvestitionen	28,4	31,1
Finanzierungsbedarf	66,2	54,7
Abschreibungen	18,4	17,3
Finanzierungsfehlbetrag	47,9	37,4

Selbstfinanzierungsgrad	-68,5%	-20,4%
-------------------------	--------	--------

Zahlen: Finanzdepartement des Kantons Schaffhausen

# Die Steuern werden nicht erhöht

**Die Budgetdebatte** im Kantonsrat war nicht nur langwierig, sondern auch von Emotionen geprägt. Beim Steuerfuss folgte der Rat nicht dem Vorschlag der Regierung.

VON **ERWIN KÜNZI** UND **ZENO GEISSELER**

Er war zwar gut gemeint, aber chancenlos, der Appell von Ratspräsident Richard Bühler (SP, Thayngen) zu Beginn der Budgetberatung: Der Rat möge sich in seinen Voten kurzfassen und so für eine effiziente Beratung des Staatsvoranschlages 2014 sorgen. Es kam, wie zu erwarten war, anders. So zeigte etwa die Uhr bereits 14.45 Uhr, bevor mit der Detailberatung (siehe Seite 18) begonnen werden konnte. Den Auftakt zur Debatte machte Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel: Die Chefin des Finanzdepartements stellte das «Übergangsbudget» für 2014 vor. Ende 2014, wenn die Resultate der in Auftrag gegebenen Studie vorliegen würden, wisse man dann, welche nachhaltigen Entlastungsmassnahmen man ergreifen könne.

Nachdem sie im Detail erklärt hatte, wo überall gespart wurde und wie sich Steuererhöhungen auf wen auswirken würden, meinte sie: «Es ist unumgänglich, dass wir rasche Entlastungen einleiten und die Steuern für natürliche Personen um 3 Punkte erhöhen.» Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) habe aus dem Budget 2014 herausgeholt, was möglich gewesen sei, erklärte GPK-Präsident Dino Tamagni (SVP, Neuhausen). Die GPK sei auch überzeugt, dass es trotz Sparbudget 0,8 Prozent der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen brauche. Die GPK wolle keine Steuererhöhungen, der Entscheid sei allerdings sehr knapp ausgefallen.

### Kompromisse und Klumpenrisiko

In der Eintretensdebatte fielen die Urteile über das Budget und die Arbeit der GPK sehr unterschiedlich aus. Werner Bächtold (SP, Schaffhausen) kritisierte, die bürgerlichen Mitglieder der GPK seien nicht zu Kompromissen bereit gewesen. Es sei nicht nachhaltig gespart worden, sondern nur Kosten auf später verschoben worden. Regula Widmer (ÖBS, Beringen) sprach vom Klumpenrisiko der wenigen Firmen, die überhaupt Steuern bezahlen, und



«Wir haben aus dem Budget 2014 herausgeholt, was möglich war»: GPK-Präsident Dino Tamagni.

Bild Eric Bühler

meinte: «Wir kommen um Steuererhöhungen nicht herum.» Hans Schwaninger (SVP, Guntmadingen) begründete für seine Fraktion die Ablehnung von Steuererhöhungen: «Wir können uns als Kleinkanton nicht alles leisten.» Florian Keller (AL, Schaffhausen) forderte, es müsse eine politische Diskussion über die Leistungen des Staates geführt werden. «Was wollen wir, was nicht?»

Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen) wollte in Bezug auf das Budget 2014 nicht von einer «Weltuntergangsstimmung» sprechen, da bei den Einnahmen auch wieder einmal bessere Zeiten kommen könnten.

### Keine Pauschalkürzung

Da das Eintreten unbestritten war, wollte der Rat mit der Detailberatung des Budgets beginnen. Marcel Montanari (JF, Thayngen) verhinderte dies mit einem Antrag, die Personalkosten generell um 5 Millionen Franken oder 2,89 Prozent zu kürzen. Das gehe, wenn man sich bei der Wiederbesetzung von Stellen zurückhalte und die Regierung die Zügel straffer in die Hände nehme, meinte er. Das löste eine längere Diskussion aus. Patrick Strasser (SP, Oberhallau) verwies darauf, dass die Verwaltung gesetzliche Aufträge erfüllen und bei Kürzungen zuerst die Gesetze angepasst werden müssten. Zu-

dem gebe es Verträge, die einzuhalten seien. Auch Dino Tamagni war gegen den Antrag: «Die Ziele sollen realistisch sein», meinte er; zudem solle man zuerst die Ergebnisse der Sparstudie abwarten. Anderer Meinung war Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen): Der Antrag lasse sich problemlos umsetzen, denn der Kantonsrat beschliesse ja den Betrag für den Personalaufwand. Peter Neukomm (SP, Schaffhausen) vertrat die Auffassung, dass Pauschalkürzungen nicht zulässig seien. «Der Kantonsrat muss bei bestimmten Konten kürzen. Tut er dies nicht, ist das eine Bankrotterklärung.» Für Martina Munz (SP, Hallau) war dieser Antrag ein Misstrauensvotum gegenüber der bürgerlichen Mehrheit in Regierung und Kantonsrat. Markus Müller (SVP, Löhningen) wollte die Sparstudie abwarten, aber «dann muss innerhalb eines Jahres etwas geschehen».

Nach einem längeren Hin und Her und der Erklärung von Rosmarie Widmer Gysel, dass die Regierung ernsthaft um Kürzungen bei den Personalkosten bemüht sei und dass 2014, bei Vorlage der Sparstudie, es unweigerlich zu Kündigungen beim Personal kommen werde, wurde abgestimmt. Der Rat sprach sich mit 37 zu 13 Stimmen gegen eine Pauschalkürzung von 5 Millionen Franken beim Personal aus.

Anschliessend konnte die Detailberatung beginnen.

### Die Steuerdebatte

Kurz nach 22 Uhr kam es zur entscheidenden Abstimmung: derjenigen über den Steuerfuss. Die Regierung hatte ursprünglich vorgeschlagen, sowohl für juristische Personen, also Firmen, wie auch für natürliche Personen, also Private, von 112 auf 118 Prozent zu gehen. Kurz vor der Budgetdebatte präsentierte sie einen revidierten Vorschlag: unverändert 112 Prozent für die Firmen und drei Punkte mehr für Private, also 115 Prozent. Dies war der erste Antrag. Die Geschäftsprüfungskommission stellte einen weiteren Antrag: gar keine Steuererhöhung, also unverändert 112 Prozent für alle. Susi Stühlinger (AL, Schaffhausen) wiederum beantragte, die Steuern für Private sogar um 10 Prozentpunkte anzuheben (und für Unternehmen unverändert zu lassen). «Somit gewinnen wir 20 Millionen Franken», sagte sie. «Die Steuererhöhung entspricht genau dem, was in den letzten zehn Jahren an Punkten verschenkt worden ist. Der Steuerfuss für natürliche Personen ist zudem kein wesentlicher Standortfaktor.»

Walter Vogelsanger (SP, Beggingen) schliesslich stellte den Antrag, ...

Fortsetzung sowie Detailberatung auf **Seite 18**

# Aufwärmrunde mit dem Finanzplan

**Zu entscheiden** hatte der Rat zum Finanzplan 2014–2017 nichts, zu sagen schon.

VON **ZENO GEISSELER**

Was im Rennsport die Aufwärmrunde ist, ist bei der Monster-Budgetdebatte im Kantonsrat jeweils das Traktandum über den Finanzplan: Entschieden wird noch nichts, aber man kann schwierige argumentative Kurven schon einmal ausfahren und den Rhetorikmotor auf Betriebstemperatur bringen. Der Finanzplan ist nur ein Planungsinstrument der Regierung, darüber abstimmen darf der Kantonsrat nicht.

Finanzdirektorin und Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel orientierte über die Eckpunkte des Finanzplans 2014–2017: Der Aufwand soll von 664 Millionen Franken (Budget 2013) auf 702 Millionen Franken (2017) ansteigen. Zwei Ausgabenposten sind die grossen Wachstumstreiber: die Gesundheit (+10 Millionen Franken) und die Soziale Wohlfahrt (+20 Millionen

Franken). Der Ertrag wiederum soll von 640 auf 686 Millionen Franken ansteigen, allein die Finanzen und die Steuern sollen um rund 28 Millionen Franken höher ausfallen. Ausgeglichen wird der Haushalt bis 2017 nicht werden, es bleibt ein Defizit – trotz des Entlastungsprogramms ESH3 im Umfang von 20 Millionen Franken.

«Wir wissen, wo wir stehen. Wir haben ein strukturelles Defizit von 40 Millionen Franken, die laufenden Einnahmen decken die Ausgaben nicht mehr – auf Jahre hinaus gesehen. Auch Investitionen können nicht finanziert werden», sagte Widmer Gysel. Bis spätestens 2017 soll die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen aber dennoch geschlossen werden, unter anderem mit dem bereits gestarteten neuen Entlastungsprogramm 2014. Jetzt brauche es eine Diskussion darüber, was der Kanton sich noch leisten wolle und was

nicht. «Dieser Weg wird steinig werden, aber mit Sicherheit auch spannend», sagte Widmer Gysel.

Umstritten war, warum der Kanton mit höheren Ausgaben konfrontiert ist – und ob er die Steuern erhöhen soll. Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen) sagte, die Entwicklung sei zum Teil strukturell, zum Teil aber auch konjunkturell bedingt. Der Kanton verfüge immer noch über ein Eigenkapitalpolster, es sei legitim, dieses nun dafür einzusetzen, um die konjunkturelle Baisse auszugleichen. Daniel Fischer (SP, Schaffhausen) meinte: «Wir müssen alle am gleichen Strick ziehen. Die Steuererhöhung muss für die Wirtschaft genauso gelten wie für natürliche Personen.»

Nach gut einer Stunde war der Plan zur Kenntnis genommen, und die Kantonsräte begaben sich zum Start für die Budgetdebatte.

## Sätze zur Situation

**Rosmarie Widmer Gysel**  
«Keiner soll kommen und sagen, das sei eine verfehltete Steuerpolitik.»

**Dino Tamagni**  
«Es geht heute ans Eingemachte.»

**Jürg Tanner**  
«Ein bisschen weniger Widersprüchlichkeit würde der FDP-Fraktion gut anstehen.»

**Daniel Fischer**  
«Walter Hotz, haben Sie Ihren Sohn antiautoritär erzogen?»

**Heinz Rether**  
«Der gescheite Bergsteiger legt mal eine Pause ein, wenn es stürmt. Oder er geht sogar ein paar Hundert Meter zurück. Der andere wird nach 30 Jahren aus dem Eis geborgen.»

**Florian Hotz**  
«Die Linken versuchen, uns mit geschickten Massnahmen an der Nase herumzuführen.»

**Werner Bächtold zum Ersten**  
«Ich werde nichts beitragen zur Polemik.»

**Werner Bächtold zum Zweiten**  
«Die Diskussion in der GPK über den Steuerfuss ist etwas vom Absurdesten, was ich je erlebt habe.»

**Regula Widmer**  
«Wenn nicht noch unverhofft Sondererträge in Form der Euromillions auftauchen, braucht es mehr Einnahmen.»

**Hans Schwaninger**  
«Wie sich unsere Fraktion in der Schlussabstimmung verhalten wird, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen.»

**Andreas Schnetzler**  
«Ich stelle den Ordnungsantrag, dass jetzt abgestimmt wird, denn ich habe zwar für heute Abend einen Ersatzmelker gefunden, aber nicht für morgen früh.»